

Allgemeine Bedingungen für die Lieferung und Montage von Maschinen

Angelehnt an die Empfehlungen des Verband Deutscher Maschinen- und Anlagebau e.V.

Zur Verwendung gegenüber:

- einer Person, die bei Abschluss des Vertrages in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt (Unternehmer)
- juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen.

I. ALLGEMEINES

- Allen Lieferungen und Leistungen liegen diese Bedingungen sowie etwaige gesonderte Vereinbarungen zugrunde. Abweichende Einkaufsbedingungen des Bestellers werden auch durch Auftragsannahme nicht Vertragsinhalt. Ein Vertrag kommt – mangels besonderer Vereinbarung – mit der schriftlichen Auftragsbestätigung des Lieferers zustande.
- Stellt eine Partei der anderen Partei Zeichnungen und technische Unterlagen über das Werk vor oder nach Vertragsschluss zur Verfügung, bleiben diese Eigentum der sie vorlegenden Partei.

Erhält eine Partei Zeichnungen, technische Unterlagen oder andere technische Informationen, so darf sie diese ohne Zustimmung der anderen Partei nur für den bestimmungsgemäßen Zweck nutzen. Sie dürfen nicht ohne Zustimmung der vorlegenden Partei für andere Zwecke genutzt, kopiert, reproduziert, an Dritte weitergegeben oder bekannt gegeben werden.

II. UMFANG DER LIEFERUNG

- Für den Umfang der Lieferung ist die schriftliche Auftragsbestätigung des Lieferers maßgebend; im Falle eines Angebots des Lieferers mit zeitlicher Bindung und fristgemäßer Annahme das Angebot, sofern keine rechtzeitige Auftragsbestätigung vorliegt. Nebenabreden und Änderungen bedürfen der schriftlichen Bestätigung des Lieferers.
- Werden nach der Auftragsbestätigung des Lieferers Änderungen vereinbart, so kann der Lieferer die hierdurch entstehenden Mehrkosten dem Besteller auch dann in Rechnung stellen, wenn dies bei Vereinbarung der Änderungen nicht ausdrücklich hervorgehoben wurde.

III. VORARBEITEN UND ARBEITSBEDINGUNGEN

- Der Lieferer liefert rechtzeitig notwendige Zeichnungen für die Montage des Liefergegenstandes sowie alle Anweisungen, die erforderlich sind, um den Liefergegenstand und die erforderlichen Ausrüstungsgegenstände an die Stelle zu bringen, an welcher der Liefergegenstand aufgestellt werden soll und um alle notwendigen Anschlüsse zum Werk herzustellen.
- Der Besteller stellt rechtzeitig alle Einrichtungen zur Verfügung und sorgt dafür, dass die für die Montage des Liefergegenstandes und für die einwandfreie Nutzung des Werkes erforderlichen Bedingungen erfüllt sind. Dies gilt nicht für Vorarbeiten, die laut Vertrag vom Lieferer auszuführen sind.
- Der Besteller muss die Vorarbeiten nach den vom Lieferer gemäß Ziffer III.1 gelieferten Zeichnungen und Anweisungen ausführen. Die Arbeiten sind rechtzeitig fertig zu stellen. Obliegt dem Besteller der Transport des Liefergegenstandes an den Montageort, so hat er dafür zu sorgen, dass der Liefergegenstand rechtzeitig dort eintrifft.
- Der Besteller hat dafür zu sorgen, dass:
 - das Personal des Lieferers die Möglichkeit hat, die Arbeit gemäß dem vereinbarten Zeitplan zu beginnen und während der gewöhnlichen Arbeitszeit zu arbeiten. Die Arbeit kann außerhalb der normalen Arbeitszeit erbracht werden, soweit dies dem Lieferer erforderlich erscheint und sofern der Besteller hiervon innerhalb einer angemessenen Frist schriftlich informiert wurde.
 - er den Lieferer rechtzeitig schriftlich vor Beginn der Montage auf alle einschlägigen Sicherheitsbestimmungen hinweist, die am Montageort gelten. Die Montage wird nicht in ungesunder oder gefährlicher Umgebung ausgeführt. Alle notwendigen Sicherheits- und Schutzmaßnahmen sind vor Beginn der Montage zu treffen und während der Montage beizubehalten.
 - das Personal des Lieferers die Möglichkeit hat, in der Nähe zum Montageort angemessen untergebracht und gepflegt zu werden und Zugang hat zu sanitären Anlagen und medizinischer Versorgung, die internationalem Standard entsprechen.
 - er dem Lieferer unentgeltlich und pünktlich am Montageort alle benötigten Kräne bereithält sowie Hebeeinrichtungen und Mittel zum Transport innerhalb des Montageortes, Zusatzgeräte, Maschinen, Materialien und Betriebsstoffe (inkl. Benzintreibstoffe, Öle, Fette und andere Materialien, Gas, Wasser, Elektrizität, Dampf, Druckluft, Heizung, Licht etc.) sowie die am Montageort verfügbaren Mess- und Prüfgeräte des Bestellers.
 - er, um den Liefergegenstand, die für die Montage notwendigen Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände sowie den persönlichen Besitz des Personals des Lieferers gegen Diebstahl und Verschlechterung zu schützen, dem Lieferer unentgeltlich die erforderlichen Aufbewahrungsmöglichkeiten zur Verfügung stellt.
 - die Zugangswege zum Montageort für den erforderlichen Transport von Liefergegenstand, Teilen oder Ausrüstungsgegenständen des Lieferers geeignet sind.

IV. NICHTERFÜLLUNG SEITENS DES BESTELLERS

- Kann der Besteller absehen, dass er seine Verpflichtungen zur Fertigstellung des Werkes, insbesondere gemäß den Bedingungen der Ziffern III.2 und 3, nicht einhalten wird, hat er den Lieferer hiervon unverzüglich und schriftlich, unter Angabe des Grundes, zu informieren und dem Lieferer nach Möglichkeit den Zeitpunkt zu nennen, zu dem er seine Verpflichtungen wird erfüllen können.
- Kommt der Besteller seinen Verpflichtungen zur Fertigstellung des Werkes, insbesondere gemäß den Bedingungen der Ziffern III.2, 3 und 4, nicht fehlerfrei und fristgerecht nach, so gilt, unbeschadet der Rechte des Lieferers gemäß Ziffer IV.3, folgendes:
 - Der Lieferer kann die Verpflichtungen des Bestellers nach eigenem Ermessen selbst erfüllen oder von einem Dritten erfüllen lassen oder andere unter den jeweiligen Umständen geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Auswirkungen der Nichterfüllung des Bestellers zu vermeiden oder zu begrenzen.
 - Der Lieferer kann seine Erfüllung des Vertrages ganz oder teilweise einstellen. Er hat den Besteller unverzüglich und schriftlich von der Einstellung in Kenntnis zu setzen.
 - Befindet sich der Liefergegenstand nicht am Montageort, sorgt der Lieferer auf Gefahr des Bestellers für die Lagerung des Liefergegenstandes. Auf Verlangen des Bestellers versichert der Lieferer den Liefergegenstand.
 - Verzögert sich die Erfüllung des Vertrages aufgrund der Nichterfüllung des Bestellers, hat der Besteller dem Lieferer den Teil des Vertragspreises zu zahlen, der ohne die Verzögerung fällig gewesen wäre. Etwaige Lagerkosten ersetzt der Besteller dem Lieferer entsprechend Ziffer VIII.5.
 - Der Besteller hat den Lieferer für sämtliche angemessenen Kosten zu entschädigen, sofern diese dem Lieferer aufgrund von Maßnahmen gemäß Abs. a), b) oder c) dieser Ziffer entstehen.
- Wird die Fertigstellung des Werkes aufgrund der Nichterfüllung seitens des Bestellers gemäß Ziffer V.2 verhindert und ist diese Nichterfüllung nicht auf einen in Ziffer XVI.1 geregelten Umstand zurückzuführen, kann der Lieferer weiterhin schriftlich vom Besteller verlangen, seine Nichterfüllung innerhalb einer letzten angemessenen Frist wiedergutzumachen.

Sollte der Besteller aus einem Grund, den der Lieferer nicht zu vertreten hat, seine Nichterfüllung nicht innerhalb dieser Frist wiedergutmachen, ist der Lieferer berechtigt, durch schriftliche Mitteilung vom Vertrag zurückzutreten.

Der Lieferer hat dann einen Anspruch auf einen Ersatz des ihm durch die Nichterfüllung des Bestellers entstandenen Schadens. Der Ersatz darf den Vertragspreis nicht überschreiten.

V. REGIONALE GESETZE UND VORSCHRIFTEN

- Der Lieferer stellt sicher, dass das Werk in Übereinstimmung mit allen auf das Werk anwendbaren Gesetzen und Vorschriften erbracht wird und es diesen auch sonst entspricht. Auf Verlangen des Lieferers stellt ihm der Besteller schriftlich einschlägige Informationen bezüglich dieser Gesetze und Vorschriften zur Verfügung.
- Der Lieferer führt alle Umbauarbeiten u.ä. durch, die sich aus Änderungen der unter Ziffer V.1 genannten Gesetze und Vorschriften ergeben oder aus Änderungen von allgemein anerkannten Auslegungsgrundsätzen hierzu, sofern eine solche Änderung zwischen dem Einreichungsdatum des Angebotes und der Abnahme erfolgt. Der Besteller trägt alle gesondert anfallenden Kosten sowie alle anderen Folgen, die sich aus solchen Änderungen ergeben, insbesondere für die Umbauarbeiten.
- Erzielen die Parteien kein Einvernehmen über die gesondert angefallenen Kosten und die weiteren Folgen einer Änderung der unter Ziffer V.1 genannten Gesetze und Vorschriften, ist der Lieferer bis zu einer Beilegung der Streitigkeit für die Umbauarbeiten auf Grundlage der geleisteten Arbeitszeit zu entschädigen.

VI. ÄNDERUNGEN

- Vorbehaltlich der Bestimmungen gemäß Ziffer VI.5 ist der Besteller berechtigt, bis zum Zeitpunkt der Abnahme des Werkes Änderungen hinsichtlich des Umfangs, der Konstruktion und des Aufbaus des Werkes zu verlangen. Der Lieferer kann solche Änderungen schriftlich vorschlagen.
 - Änderungsverlangen sind dem Lieferer schriftlich vorzulegen und müssen die verlangte Änderung genau beschreiben.
 - Unverzüglich nachdem er ein Änderungsverlangen erhalten oder er selbst einen Änderungsvorschlag gemacht hat, benachrichtigt der Lieferer den Besteller schriftlich darüber, ob und ggf. wie die Änderung ausgeführt werden kann sowie welche Veränderungen hinsichtlich des Vertragspreises, der Fertigstellungsfrist und anderer Vertragsbestimmungen sich dadurch ergeben.
- Der Lieferer setzt den Besteller auch dann von Änderungen in Kenntnis, wenn diese Änderungen auf geänderte Gesetze und Vorschriften nach Ziffer V.1 zurückzuführen sind.
- Verzögert sich die Fertigstellung des Werkes aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen Lieferer und Besteller hinsichtlich der Folgen von Änderungen, zahlt der Besteller denjenigen Teil des Vertragspreises, der fällig geworden wäre, wenn sich die Fertigstellung des Werkes nicht verzögert hätte.

5. Vorbehaltlich der Bestimmungen nach Ziffer V.2 ist der Lieferer nicht zur Ausführung von vom Besteller geforderten Änderungen verpflichtet, bis sich die Parteien entweder auf die Auswirkungen auf den Vertragspreis, auf die Fertigstellungsfrist und auf andere Vertragsbestimmungen einigen oder aber die Streitigkeit beigelegt worden ist.

VII. GEFAHRÜBERGANG

1. Die Gefahr geht spätestens mit der Absendung der Lieferteile auf den Besteller über, und zwar auch dann, wenn Teillieferungen erfolgen oder der Lieferer noch andere Leistungen, z.B. die Versandkosten oder Anfahrt und Aufstellung, übernommen hat.

Mangels besonderer Lieferklausel im Vertrag erfolgt die Lieferung des Liefergegenstandes "ab Werk" (EXW). Sind Lieferklauseln vereinbart, sind diese nach den bei Vertragsschluss gültigen INCOTERMS auszulegen.

Auf Wunsch des Bestellers wird auf seine Kosten die Sendung durch den Lieferer gegen Diebstahl, Bruch-, Transport-, Feuer- und Wasserschäden sowie sonstige versicherbare Risiken versichert.

Jede Art der Gefahr des Verlusts oder der Beschädigung des Werkes, die nicht dem ersten Absatz dieser Ziffer unterfällt, geht mit der Abnahme des Werkes auf den Besteller über.

Nach Gefahrübergang trägt der Besteller die Gefahr für jede Art des Verlusts oder der Beschädigung des Liefergegenstandes oder des Werkes, sofern ein solcher Verlust oder Schaden nicht auf fahrlässiges Verhalten des Lieferers zurückzuführen ist.

2. Verzögert sich der Versand bzw. die Abnahme infolge von Umständen, die der Besteller zu vertreten hat, so geht die Gefahr von dem Tage der Anzeige der Versandbereitschaft ab auf den Besteller über, jedoch ist der Lieferer verpflichtet, auf Wunsch und Kosten des Bestellers die Versicherungen zu bewirken, die dieser verlangt.
3. Teillieferungen sind zulässig, soweit für den Besteller zumutbar.

VIII. LIEFERZEIT, LIEFERVERZÖGERUNG

1. Die Lieferfrist beginnt mit der Absendung der Auftragsbestätigung, jedoch nicht vor Eingang einer vereinbarten Anzahlung. Ihre Einhaltung durch den Lieferer setzt voraus, dass alle kaufmännischen und technischen Fragen zwischen den Vertragsparteien geklärt sind und der Besteller alle ihm obliegenden Verpflichtungen, wie z.B. Beibringung der erforderlichen behördlichen Bescheinigungen oder Genehmigungen, erfüllt hat. Ist dies nicht der Fall, so verlängert sich die Lieferzeit angemessen. Dies gilt nicht, soweit der Lieferer die Verzögerung zu vertreten hat.
2. Die Einhaltung der Lieferfrist steht unter dem Vorbehalt richtiger und rechtzeitiger Selbstbelieferung. Sich abzeichnende Verzögerungen teilt der Lieferer sobald als möglich mit.
3. Die Lieferfrist ist eingehalten, wenn der Liefergegenstand bis zu ihrem Ablauf das Werk des Lieferers verlassen hat oder die Versandbereitschaft gemeldet ist.
4. Der Lieferer hat einen Anspruch auf Verlängerung der Lieferfrist, wenn eine Verzögerung zurückzuführen ist auf:
- einen in Ziffer XVI.1 festgelegten Umstand oder
 - Umbauarbeiten gemäß Ziffer V.2 oder
 - Änderungen gemäß der Ziffern VI.1 - 5 oder
 - die Einstellung der Erfüllung gemäß der Ziffern IV.2, XII.5, XVI.3 oder
 - ein Handeln oder Unterlassen des Bestellers.

Die Frist ist den jeweiligen Umständen angemessen zu verlängern. Dies gilt auch, wenn die Umstände bei Unterlieferern eintreten.

Die vorbezeichneten Umstände sind auch dann vom Lieferer nicht zu vertreten, wenn sie während eines bereits vorliegenden Verzugs entstehen. Beginn und Ende derartiger Hindernisse wird in wichtigen Fällen der Lieferer dem Besteller baldmöglichst mitteilen.

5. Wird der Versand auf Wunsch des Bestellers verzögert, so werden ihm, beginnend einen Monat nach Anzeige der Versandbereitschaft, die durch die Lagerung entstandenen Kosten, bei Lagerung im Werk des Lieferers mindestens jedoch 0,5 % des Rechnungsbetrages für jeden Monat, berechnet.

Der Lieferer ist jedoch berechtigt, nach Setzung und fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Frist anderweitig über den Liefergegenstand zu verfügen und den Besteller mit angemessen verlängerter Frist zu beliefern, sofern er bei Setzung der Frist auf diese Folge hingewiesen hat.

6. Der Besteller kann ohne Fristsetzung vom Vertrag zurücktreten, wenn dem Lieferer die gesamte Leistung vor Gefahrenübergang endgültig unmöglich wird. Der Besteller kann darüber hinaus vom Vertrag zurücktreten, wenn bei einer Bestellung die Ausführung eines Teils der Lieferung unmöglich wird und er ein berechtigtes Interesse an der Ablehnung der Teillieferung hat. Ist dies nicht der Fall, so hat der Besteller den auf die Teillieferung entfallenden Vertragspreis zu zahlen. Dasselbe gilt bei Unvermögen des Lieferers. Im Übrigen gilt Ziffer XI.3, 4 und 5 entsprechend.

Tritt die Unmöglichkeit oder das Unvermögen während des Annahmeverzuges ein oder ist der Besteller für diese Umstände allein oder weit überwiegend verantwortlich, bleibt er zur Gegenleistung verpflichtet.

7. Die Einhaltung der Lieferfrist setzt die Erfüllung der Vertragspflichten des Bestellers voraus.

IX. ABNAHMEPRÜFUNGEN

1. Nach Beendigung der Montage sind mangels abweichender Vereinbarung Abnahmeprüfungen durchzuführen, um zu ermitteln, ob das Werk den vertraglichen Bestimmungen hinsichtlich der Abnahme entspricht.

Der Lieferer teilt dem Besteller schriftlich die Abnahmebereitschaft des Werkes mit. Diese Mitteilung enthält einen Termin für die Abnahmeprüfungen, der dem Besteller genügend Zeit gibt, sich auf die Prüfungen vorzubereiten und sich bei ihnen vertreten zu lassen.

Der Besteller trägt alle Kosten für die Abnahmeprüfungen. Der Lieferer trägt hingegen alle Kosten, die seinem Personal und seinen anderen Vertretern erwachsen.

2. Der Besteller stellt auf seine Kosten Energie, Schmiermittel, Wasser, Brennstoffe, Rohstoffe und alle sonstigen Materialien zur Verfügung, soweit diese zur Vornahme der Abnahmeprüfungen und der letzten Anpassungen bei der Vorbereitung der Abnahmeprüfungen erforderlich sind. Ebenso baut er auf eigene Kosten Ausrüstungsgegenstände auf und stellt die für die Durchführung der Abnahmeprüfungen erforderlichen Arbeitskräfte oder Hilfsmittel zur Verfügung.
3. Hat der Besteller eine Mitteilung gemäß Ziffer IX.1 erhalten und kommt er seinen Verpflichtungen gemäß Ziffer IX.2 nicht nach oder verhindert er sonstige die Durchführung der Abnahmeprüfungen, gelten die Prüfungen als an dem Tage erfolgreich durchgeführt, der als Termin für die Abnahmeprüfungen in der Mitteilung des Lieferers angegeben ist.
4. Die Abnahmeprüfungen werden während der normalen Arbeitszeit durchgeführt. Enthält der Vertrag keine Bestimmungen über technische Anforderungen, so ist für die Prüfungen die im Land des Bestellers bestehende allgemeine Praxis des betreffenden Industriezweiges maßgeblich.
5. Der Lieferer erstellt ein Protokoll der Abnahmeprüfungen. Er übersendet dem Besteller dieses Protokoll. Wird der Besteller nicht bei den Abnahmeprüfungen vertreten, nachdem er eine Mitteilung nach Ziffer IX.1 erhalten hat, kann er die Richtigkeit des Abnahmeprotokolls nicht mehr bestreiten.
6. Erweist sich das Werk bei den Abnahmeprüfungen als vertragswidrig, so hat der Lieferer unverzüglich jeden Mangel zu beheben. Auf unverzügliches schriftliches Verlangen des Bestellers werden erneut Prüfungen gemäß der Ziffern IX.1 - 5 durchgeführt. Dies gilt nicht in Fällen unwesentlicher Mängel.

X. ABNAHME

1. Das Werk ist abgenommen,
- wenn die Abnahmeprüfungen erfolgreich durchgeführt worden sind oder gemäß Ziffer IX.3 als erfolgreich durchgeführt gelten; oder
 - wenn der Besteller die schriftliche Mitteilung des Lieferers erhalten hat, dass das Werk fertiggestellt ist, sofern es den vertraglichen Bestimmungen hinsichtlich der Abnahme entspricht; dies gilt jedoch nur in den Fällen, in denen die Parteien die Durchführung von Abnahmeprüfungen nicht vereinbart haben.
- Geringfügige Mängel, welche die Leistung des Werkes nicht beeinträchtigen, stellen keinen Grund zur Verweigerung der Abnahme dar.
2. Der Besteller ist vor der Abnahme nicht zur Nutzung des Werkes oder eines Teiles davon berechtigt. Widrigenfalls gilt das Werk als von ihm abgenommen, sofern nicht das schriftliche Einverständnis des Lieferers vorlag. Der Lieferer ist dann nicht mehr zur Durchführung von Abnahmeprüfungen verpflichtet.
3. Nach Abnahme des Werkes gemäß Ziffer X.1 oder 2 beginnt die in Ziffer XVII. beschriebene Frist. Der Besteller stellt auf schriftliches Verlangen des Lieferers eine Bescheinigung über den Zeitpunkt der Abnahme des Werkes aus. Stellt der Besteller dennoch nicht eine solche Bescheinigung aus, beeinträchtigt dies die Abnahme gemäß der Ziffern X.1 und 2 nicht.

XI. FERTIGSTELLUNG, VERZÖGERUNGEN SEITENS DES LIEFERERS

1. Das Werk gilt mit seiner Abnahme gemäß Ziffer X.1 oder 2 als fertiggestellt.
2. Ziffer VIII.4 gilt für eine Verlängerung der Fertigstellungsfrist entsprechend. Zudem verlängert sich die Fertigstellungsfrist entsprechend, wenn eine Verzögerung der Lieferfrist gemäß Ziffer VIII.1, 2, 4, 7 vorliegt.
3. Eine Verzögerung seitens des Lieferers liegt dann vor, wenn das Werk nicht zu dem vertraglich festgelegten bzw. sich gemäß Ziffer XI.2 ergebenden Fertigstellungstermin gemäß Ziffer XI.1 fertiggestellt wird. Durch die Verzögerung seitens des Lieferers hat der Besteller ab dem Datum Anspruch auf Zahlung des pauschalierten Schadenersatzes, zu dem das Werk hätte fertiggestellt werden müssen.

Der pauschalierte Schadenersatz ist auf 0,5 % des Vertragswertes für jede volle Woche der Verzögerung festgesetzt. Der pauschalierte Schadenersatz kann 5 % des Vertragswertes nicht überschreiten.

Verzögert sich nur ein Teil des Werkes, so wird der pauschalierte Schadenersatz aufgrund des Teiles des Vertragspreises bestimmt, der dem Teil des Werkes entspricht, der durch die Verzögerung nicht bestimmungsgemäß gebraucht werden kann.

Der pauschalierte Schadenersatz wird mit der schriftlichen Geltendmachung durch den Besteller fällig, jedoch nicht bevor die Abnahme abgeschlossen oder der Vertrag nach Ziffer XI.4 beendet worden ist.

- Ist die Verzögerung durch den Lieferer so erheblich, dass der Besteller den Höchstbetrag an pauschalierem Schadenersatz nach Ziffer XI.3 verlangen kann, und ist das Werk noch nicht fertiggestellt, so kann er dem Lieferer schriftlich eine letzte angemessene Fertigstellungsfrist von mindestens vier Wochen setzen.

Stellt der Lieferer das Werk nicht innerhalb dieser letzten Frist fertig und unterbleibt dies aus einem Grund, der nicht vom Besteller zu vertreten ist, so kann der Besteller durch schriftliche Mitteilung an den Lieferer vom Vertrag hinsichtlich desjenigen Teiles des Werkes zurücktreten, welcher aufgrund der Verzögerung durch den Lieferer nicht bestimmungsgemäß gebraucht werden kann.

Tritt der Besteller vom Vertrag zurück, so hat er einen Anspruch auf Entschädigung für den ihm aufgrund der Verzögerung durch den Lieferer entstandenen Schaden. Die Gesamthöhe der Entschädigung, einschließlich des pauschalierten Schadenersatzes nach Ziffer XI.3 kann 10 % des Teiles des Vertragspreises nicht überschreiten, der dem Teil des Werkes entspricht, hinsichtlich dessen der Vertrag beendet worden ist.

- Die Ansprüche des Bestellers im Falle der Verzögerung durch den Lieferer beschränken sich auf den pauschalierten Schadenersatz nach Ziffer XI.3 und den Rücktritt vom Vertrag mit begrenzter Entschädigung nach Ziffer XI.4. Alle anderen Ansprüche gegenüber dem Lieferer im Hinblick auf solche Verzögerungen sind ausgeschlossen, sofern nicht eine schuldhaft Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit seitens des Lieferers vorliegt.

XII. PREIS UND ZAHLUNG

- Die Preise gelten mangels besonderer Vereinbarung ab Werk einschließlich Verladung und Verpackung im Werk, jedoch ausschließlich Entladung. Zu den Preisen kommt die Mehrwertsteuer in der jeweiligen gesetzlichen Höhe hinzu.
- Mangels besonderer Vereinbarung ist die Zahlung à Konto des Lieferers zu leisten, und zwar 30 % Anzahlung nach Eingang der Auftragsbestätigung, 30 % sobald dem Besteller mitgeteilt ist, dass die Hauptteile versandbereit sind, 30 % bei Anknuff des Liefergegenstandes oder des wesentlichen Teiles des Liefergegenstandes am Montageort und der verbleibende Teil des Vertragspreises bei Abnahme.
- Das Recht, Zahlungen zurückzuhalten oder mit Gegenansprüchen aufzurechnen, steht dem Besteller nur insoweit zu, als seine Gegenansprüche unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.
- Bei schuldhafter Überschreitung der Zahlungsfristen kann der Lieferer Verzugszinsen berechnen, ohne dass es einer Mahnung bedarf; weitere Verzugschäden können geltend gemacht werden.
- Bei Zahlungsrückstand kann der Lieferer nach schriftlicher Mitteilung an den Besteller die Erfüllung seiner eigenen vertraglichen Verpflichtungen bis zum Erhalt der jeweiligen Zahlungen einstellen.

XIII. EIGENTUMSVORBEHALT

- Das Eigentum an allen gelieferten Gegenständen geht erst dann auf den Besteller über, wenn alle Ansprüche - auch zukünftige - aus der Geschäftsbeziehung durch den Besteller beglichen sind.
- Der Lieferer ist berechtigt, den Liefergegenstand auf Kosten des Bestellers gegen Diebstahl, Bruch-, Feuer-, Wasser- und sonstige Schäden zu versichern, sofern nicht der Besteller selbst die Versicherung nachweislich abgeschlossen und seine Ansprüche aus den Versicherungsverträgen im voraus an den Lieferer abgetreten hat.
- Der Besteller darf den Liefergegenstand weder verpfänden noch zur Sicherung übereignen. Bei Pfändungen sowie Beschlagnahme oder sonstigen Verfügungen durch dritte Hand hat er den Lieferer unverzüglich davon zu benachrichtigen. Ohne ausdrückliche Zustimmung des Lieferers darf der Besteller bis zum Eingang aller Zahlungen gemäß Ziffer XIII.1 den Eigentumsvorbehalt des Lieferers nicht beeinträchtigen, insbesondere den Liefergegenstand nicht weiterveräußern, verarbeiten oder mit anderen Sachen vermischen oder in anderer Weise verbinden.

Wird der Liefergegenstand vom Besteller dennoch be- oder verarbeitet, erstreckt sich der Eigentumsvorbehalt auch auf die neue Sache. Bei einer Verarbeitung, Verbindung oder Vermischung mit fremden Sachen erwirbt der Lieferer Vorbehalts-Miteigentum an der hergestellten neuen Sache im Verhältnis des Wertes des Liefergegenstands zu den anderen verarbeiteten oder vermischten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung oder Vermischung. Der Besteller wird bei der Verarbeitung für den Lieferer tätig, ohne irgendwelche Ansprüche wegen der Verarbeitung gegen den Lieferer zu erwerben.

- Bei vertragswidrigem Verhalten des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Lieferer zur Rücknahme nach Mahnung berechtigt und der Besteller zur Herausgabe verpflichtet.

Die Geltendmachung des Eigentumsvorbehalts sowie die Pfändung des Liefergegenstandes durch den Lieferer gelten nicht als Rücktritt vom Vertrag.
- Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens berechtigt den Lieferer, vom Vertrag zurückzutreten und die sofortige Rückgabe des Liefergegenstandes zu verlangen.

XIV. MÄNGELANSPRÜCHE

Für Sach- und Rechtsmängel der Lieferung leistet der Lieferer unter Ausschluss weiterer Ansprüche – vorbehaltlich Abschnitt XV. – Gewähr wie folgt:

Sachmängel

- Mängelansprüche des Bestellers bestehen nur, wenn dieser seinen nach § 377 HGB geschuldeten Untersuchungs- und Rügepflichten ordnungsgemäß nachgekommen ist. Nicht erkennbare Mängel müssen binnen einer Woche nach deren Bekanntwerden, spätestens innerhalb von 3 Monaten nach Erhalt der Lieferung oder Beendigung der sonstigen Leistung, angezeigt werden. Innerhalb dieser Frist ist der Besteller verpflichtet, eine Funktionsprüfung durchzuführen. Nach einer vereinbarten Abnahme ist die Rüge von Mängeln ausgeschlossen, die bei der Abnahme hätten festgestellt werden können.
- Alle diejenigen Teile sind unentgeltlich nach Wahl des Lieferers nachzubessern oder mangelfrei zu ersetzen, die sich infolge eines vor dem Gefährübergang liegenden Umstandes als mangelhaft herausstellen. Die Feststellung solcher Mängel ist dem Lieferer unverzüglich schriftlich zu melden. Ersetzte Teile werden Eigentum des Lieferers. Sie sind dem Lieferer auf Verlangen unverzüglich zu übersenden.
- Hat der Lieferer die Zusendung des fehlerhaften Teiles bzw. des Liefergegenstandes verlangt und kommt der Besteller dieser Verpflichtung nicht nach, so gilt der Mangel als nicht nachgewiesen. Der Besteller hat in diesem Falle sämtliche Kosten, die dem Hersteller im Zusammenhang mit dem Austausch des als fehlerhaft gerügten Teiles entstanden sind (z.B. die Kosten des Ersatzteiles und Lieferkosten), zu erstatten.
- Zur Vornahme aller dem Lieferer notwendig erscheinenden Nachbesserungen und Ersatzlieferungen hat der Besteller nach Verständigung mit dem Lieferer die erforderliche Zeit und Gelegenheit zu geben; anderenfalls ist der Lieferer von der Haftung für die daraus entstehenden Folgen befreit. Nur in dringenden Fällen der Gefährdung der Betriebssicherheit bzw. zur Abwehr unverhältnismäßig großer Schäden, wobei der Lieferer sofort zu verständigen ist, hat der Besteller das Recht, den Mangel selbst oder durch Dritte beseitigen zu lassen und vom Lieferer Ersatz der erforderlichen Aufwendungen zu verlangen.
- Von den durch die Nachbesserung bzw. Ersatzlieferung entstandenen unmittelbaren Kosten trägt der Lieferer – soweit sich die Beanstandung als berechtigt herausstellt – die Kosten des Ersatzstückes einschließlich des Versandes. Er trägt außerdem die Kosten des Aus- und Einbaus sowie die Kosten der etwa erforderlichen Gestellung der notwendigen Monteure und Hilfskräfte einschließlich Fahrtkosten, soweit hierdurch keine unverhältnismäßige Belastung des Lieferers eintritt.

Befindet sich das Werk nicht am Montageort, trägt der Besteller alle zusätzlichen Kosten, die dem Hersteller dadurch bei der Behebung von Mängeln entstehen.

- Der Besteller hat im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften ein Recht zum Rücktritt vom Vertrag, wenn der Lieferer – unter Berücksichtigung der gesetzlichen Ausnahmefälle – eine ihm gesetzte angemessene Frist für die Nachbesserung oder Ersatzlieferung wegen eines Sachmangels fruchtlos verstreichen lässt. Liegt nur ein unerheblicher Mangel vor, steht dem Besteller lediglich ein Recht zur Minderung des Vertragspreises zu. Das Recht auf Minderung des Vertragspreises bleibt ansonsten ausgeschlossen.

Weitere Ansprüche bestimmen sich nach Abschnitt XV.2 dieser Bedingungen.

- Keine Gewähr wird insbesondere in folgenden Fällen übernommen:

Ungeeignete oder unsachgemäße Verwendung, fehlerhafte Montage bzw. Inbetriebsetzung durch den Besteller oder Dritte, natürliche Abnutzung, fehlerhafte oder nachlässige Behandlung, nicht ordnungsgemäße Wartung, ungeeignete Betriebsmittel, mangelhafte Bauarbeiten, ungeeigneter Baugrund, chemische, elektrochemische oder elektrische Einflüsse – sofern sie nicht vom Lieferer zu verantworten sind.
- Bessert der Besteller oder ein Dritter unsachgemäß nach, besteht keine Haftung des Lieferers für die daraus entstehenden Folgen. Gleiches gilt für ohne vorherige Zustimmung des Lieferers vorgenommene Änderungen des Liefergegenstandes.

Rechtsmängel

- Führt die Benutzung des Liefergegenstandes zur Verletzung von gewerblichen Schutzrechten oder Urheberrechten im Inland, wird der Lieferer auf seine Kosten dem Besteller grundsätzlich das Recht zum weiteren Gebrauch verschaffen, oder den Liefergegenstand in für den Besteller zumutbarer Weise derart modifizieren, dass die Schutzrechtsverletzung nicht mehr besteht.

Ist dies zu wirtschaftlich angemessenen Bedingungen oder in angemessener Frist nicht möglich, ist der Besteller zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Unter den genannten Voraussetzungen steht auch dem Lieferer ein Recht zum Rücktritt vom Vertrag zu.

Darüber hinaus wird der Lieferer den Besteller von unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Ansprüchen der betreffenden Schutzrechtsinhaber freistellen.

- Die in Abschnitt XIV.8 genannten Verpflichtungen des Lieferers sind vorbehaltlich Abschnitt XV.2 für den Fall der Schutz- oder Urheberrechtsverletzung abschließend.

Sie bestehen nur, wenn

- der Besteller den Lieferer unverzüglich von geltend gemachten Schutz- und Urheberrechtsverletzungen unterrichtet,
- der Besteller den Lieferer in angemessenem Umfang bei der Abwehr der geltend gemachten Ansprüche unterstützt bzw. dem Lieferer die Durchführung der Modifizierungsmaßnahmen gemäß Abschnitt XIV.8 ermöglicht,
- dem Lieferer alle Abwehrmaßnahmen einschließlich außergerichtlicher Regelungen vorbehalten bleiben,

- der Rechtsmangel nicht auf einer Anweisung des Bestellers beruht und
- die Rechtsverletzung nicht dadurch verursacht wurde, dass der Besteller den Liefergegenstand eigenmächtig geändert oder in einer nicht vertragsgemäßen Weise verwendet hat.

XV. HAFTUNG

1. Wenn der Liefergegenstand durch Verschulden des Lieferers infolge unterlassener oder fehlerhafter Ausführung von vor oder nach Vertragschluss erfolgten Vorschlägen und Beratungen oder durch die Verletzung anderer vertraglicher Nebenverpflichtungen – insbesondere Anleitung für Bedienung und Wartung des Liefergegenstandes – vom Besteller nicht vertragsgemäß verwendet werden kann, so gelten unter Ausschluss weiterer Ansprüche des Bestellers die Regelungen der Abschnitte XIV. und XV.2 entsprechend.
2. Für Schäden, die nicht am Liefergegenstand selbst entstanden sind, haftet der Lieferer – aus welchen Rechtsgründen auch immer – nur
 - bei Vorsatz
 - bei grober Fahrlässigkeit des Inhabers / der Organe oder leitender Angestellter
 - bei schuldhafter Verletzung von Leben, Körper, Gesundheit
 - bei Mängeln, die er arglistig verschwiegen oder deren Abwesenheit er garantiert hat,
 - bei Mängeln des Liefergegenstandes, soweit nach Produkthaftungsgesetz für Personen- und Sachschäden an privat genutzten Gegenständen gehaftet wird

Bei schuldhafter Verletzung wesentlicher Vertragspflichten haftet der Lieferer auch bei grober Fahrlässigkeit nicht leitender Angestellter und bei leichter Fahrlässigkeit, in letzterem Fall begrenzt auf den vertragstypischen, vernünftigerweise vorhersehbaren Schaden.

Weitere Ansprüche sind ausgeschlossen.

XVI. HÖHERE GEWALT

1. Jede Partei ist berechtigt, die Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten soweit einzustellen, wie diese Erfüllung durch die folgenden Umstände unmöglich gemacht oder unangemessen erschwert wird: Arbeitskonflikte und alle vom Parteiwillen unabhängigen Umstände wie Brand, Krieg, allgemeine Mobilmachung, Aufstand, Requisition, Beschlagnahme, Embargo, Einschränkungen des Energieverbrauchs sowie fehlerhafte oder verzögerte Lieferungen durch Subunternehmer aufgrund der in dieser Ziffer aufgeführten Umstände.

Tritt ein in dieser Ziffer aufgeführter Umstand vor oder nach Vertragsschluss ein, so berechtigt er nur insoweit zur Einstellung der Erfüllung der vertraglichen Pflichten, als seine Auswirkungen auf die Erfüllung des Vertrages bei Vertragsschluss noch nicht vorhersehbar waren.
2. Die sich auf höhere Gewalt berufende Partei hat die andere Partei unverzüglich und schriftlich vom Eintritt und dem Ende eines solchen Umstandes in Kenntnis zu setzen.

Hindert höhere Gewalt den Besteller an der Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten, hat er den Lieferer für aufgewendete Kosten zur Sicherung und zum Schutz des Werkes zu entschädigen.
3. Ungeachtet aller in diesen Allgemeinen Bedingungen festgelegten Auswirkungen, hat jede Partei das Recht, vom Vertrag durch schriftliche Mitteilung an die andere Partei zurückzutreten, falls die Einstellung der Erfüllung des Vertrages nach Ziffer XVI.1 länger als sechs Monate andauert.

XVII. VERJÄHRUNG

Alle Ansprüche des Bestellers - aus welchen Rechtsgründen auch immer – verjähren in 12 Monaten. Für Schadenersatzansprüche nach Abschnitt XV.2 gelten die gesetzlichen Fristen.

XVIII. ANWENDBARES RECHT, GERICHTSSTAND

1. Für alle Rechtsbeziehungen zwischen dem Lieferer und dem Besteller gilt unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG) das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
2. Gerichtsstand ist ausschließlich das für den Hauptsitz des Lieferers zuständige Gericht. Der Lieferer ist jedoch berechtigt, am Hauptsitz des Bestellers Klage zu erheben.

General Conditions for the Supply and Installation of Machines

Based on the recommendations of the German Engineering Federation (VDMA e.V.)

Applicable to business transactions with:

1. persons concluding this contract as part of their commercial or self-employed activities (business enterprises)
2. legal persons under public law or special funds under public law.

I. GENERAL

1. All supplies and services are subject to these General Conditions and any other separate agreements which may be concluded. Should the Purchaser's terms of purchase conflict with our General Conditions, acceptance of the order by us shall not mean that such terms of purchase constitute part of the contract. Unless otherwise agreed, a contract shall be formed upon written confirmation of order by the Supplier.
2. All drawings and technical documents relating to the works submitted by one party to the other prior or subsequent to the formation of the contract shall remain the property of the submitting party.

Drawings, technical documents or other technical information received by one party shall not, without the consent of the other party, be used for any other purpose than that for which they were provided. Such drawings, technical documents or other technical information may only be used otherwise, copied, reproduced, transmitted or communicated to a third party with the consent of the submitting party.

II. SCOPE OF DELIVERY

1. The scope of delivery shall be determined by the Supplier's written confirmation of order; where the Supplier issues an offer subject to a time limit, and where said offer is accepted within the specified time limit, the scope of delivery shall be determined by said offer if the order confirmation has not been received in time. Subsidiary agreements and modifications shall only be valid if confirmed in writing by the Supplier.
2. Should modifications be agreed subsequent to confirmation of the order by the Supplier, the Supplier shall be entitled to invoice the resulting additional costs to the Purchaser even if this is not explicitly emphasised at the time such modification is agreed.

III. PREPARATORY WORK AND WORKING CONDITIONS

1. The Supplier shall provide in good time the requisite drawings for the installation of the delivery item, together with all information required for providing access for the delivery item and any necessary equipment to the point where the delivery item is to be erected, and for making all necessary connections to the works.
2. The Purchaser shall provide in good time all installations and shall ensure that the conditions necessary for the installation of the delivery item and the correct operation of the works are fulfilled. This shall not apply to preparatory work which according to the contract shall be performed by the Supplier.
3. The preparatory work shall be carried out by the Purchaser in accordance with the drawings and information provided by the Supplier under Clause III.1. The work shall be completed in good time. Should the Purchaser be responsible for transporting the delivery item to the site, the Purchaser shall ensure that the delivery item is at the site in good time.
4. The Purchaser shall ensure that:
 - a) The Supplier's personnel are able to start work in accordance with the agreed time schedule and to work during normal working hours. Provided that the Purchaser has been given notice in writing in reasonable time, work may be performed outside normal working hours to the extent deemed necessary by the Supplier.
 - b) It has informed the Supplier in writing of all relevant safety regulations in force at the site in good time before installation work commences. The installation shall not be carried out in unhealthy or dangerous surroundings. All the necessary safety and precautionary measures shall have been taken before installation work commences and shall be maintained during installation work.
 - c) The Supplier's personnel are able to obtain suitable and convenient board and lodging in the neighbourhood of the site and have access to internationally acceptable hygiene facilities and medical services.
 - d) It has made available to the Supplier free of charge at the proper time on the site all necessary cranes, lifting equipment and equipment for transport on the site, auxiliary tools, machinery, materials and supplies (including fuel, oils, grease and other materials, gas, water, electricity, steam, compressed air, heating, lighting, etc.), as well as the measuring and testing instruments of the Purchaser available on the site.
 - e) It has made available to the Supplier free of charge necessary storage facilities, providing protection against theft and deterioration of the delivery item, the tools and equipment required for installation, and the personal effects of the Supplier's personnel.
 - f) The access routes to the site are suitable for the required transport of the delivery item, parts and the Supplier's equipment.

IV. PURCHASER'S DEFAULT

1. Should the Purchaser anticipate that it will be unable to fulfil the obligations necessary for completion of the works, including complying with the conditions specified in Clauses III.2 and 3, the Purchaser shall notify the Supplier forthwith in writing stating the reason for the same and, if possible, specifying the time by which it will be possible to comply with such obligations.
2. Without prejudice to the Supplier's rights under Clause IV.3, should the Purchaser fail to fulfil, correctly and in time, its obligations necessary for completion of the works, including but not limited to the conditions specified in Clauses III.2, 3 and 4, the following shall apply:
 - a) The Supplier shall, at its own discretion, be entitled to elect to perform or employ a third party to perform the Purchaser's obligations, or otherwise take such measures as under the circumstances are appropriate in order to avoid or alleviate the effects of the Purchaser's default.
 - b) The Supplier shall be entitled to suspend performance of the contract in whole or in part. The Supplier shall forthwith notify the Purchaser in writing of said suspension.
 - c) If the delivery item has not been delivered to the site, the Supplier shall arrange for storage of the delivery item at the Purchaser's risk. At the request of the Purchaser the Supplier shall also insure the delivery item.
 - d) Should performance of the contract be delayed owing to default on the part of the Purchaser, the Purchaser shall nevertheless pay to the Supplier the part of the contract price which, but for such delay, would have become due. The Purchaser shall reimburse the Supplier for any storage costs incurred in accordance with Clause VIII.5.
 - e) The Purchaser shall reimburse the Supplier for any costs reasonably incurred by the Supplier as a result of measures under a), b) or c) of this Clause.
3. Should completion of the works be prevented by the Purchaser's default as referred to in Clause V.2, and should such default not be due to any of the circumstances referred to in Clause XVI.1, the Supplier shall also be entitled to make a demand in writing to the Purchaser requiring the latter to remedy the default within a final reasonable period.

Should, for any reason for which the Supplier is not responsible, the Purchaser fail to remedy said default within such period, the Supplier shall be entitled to serve notice in writing terminating the contract.

The Supplier shall then be entitled to compensation for any losses suffered as a result of the Purchaser's default. The compensation shall not exceed the contract price.

V. LOCAL LAWS AND REGULATIONS

1. The Supplier shall ensure that the works are carried out and comply with all laws, regulations and rules which are applicable to the works. At the request of the Supplier, the Purchaser shall provide the relevant information on said laws, regulations and rules in writing.
2. The Supplier shall carry out any variation work caused by changes in laws, regulations and rules referred to in Clause V.1, or in their generally accepted interpretation, occurring between the dates of submission of the offer and acceptance. The Purchaser shall bear the extra costs and other consequences resulting from such changes, including variation work.
3. Should the parties be unable to agree on the extra costs and other consequences of changes in laws, regulations and rules, referred to in Clause V.1, the Supplier shall be compensated on a time basis for any variation work pending settlement of the dispute.

VI. VARIATIONS

1. Subject to the provisions of Clause VI.5, and prior to acceptance of the works, the Purchaser shall be entitled to require variations to the scope, design and construction of the works. The Supplier shall be entitled to suggest such variations in writing.
2. Requests for variations shall be submitted to the Supplier in writing and shall contain an exact description of the variation required.
3. As soon as possible after receipt of a request for a variation or after having submitted a proposal for a variation itself, the Supplier shall notify the Purchaser in writing about whether and how the variation can be carried out, stating the resulting alteration to the contract price, the time for completion and other terms of the contract.

The Supplier shall also give such notice to the Purchaser if variations are required as a result of changes in laws, regulations and rules referred to in Clause V.1.

4. Should completion of the works be delayed as a result of disagreement between the Supplier and Purchaser on the consequences of variations, the Purchaser shall pay any part of the contract price which would have become due had the works not been delayed.
5. Save as provided in Clause V.2, the Supplier shall not be obliged to carry out variations requested by the Purchaser until the parties have either agreed on how the variations will affect the contract price, the time for completion and other terms of the contract, or the dispute has been settled.

VII. TRANSFER OF RISK

1. The risk shall pass to the Purchaser upon dispatch of the delivery parts to the Purchaser at the latest, including in those cases in which partial deliveries are made or where the Supplier has assumed responsibility for other supplies and services such as travel to the site and installation or the costs of shipping.

Except where other trade terms are explicitly agreed, delivery of the delivery item shall be "Ex works" (EXW). Where trade terms are agreed, these shall be interpreted according to the INCOTERMS valid at the time the contract was formed.

On request of the Purchaser the delivery shall be insured – at the cost of the Purchaser - by the Supplier against theft, breakage, transport, fire and water damage and other insurable risks.

Any risk of loss or damage to the works not covered by the first paragraph of this Clause shall pass to the Purchaser on acceptance of the works.

Any loss or damage to the delivery item and works after the risk has passed to the Purchaser shall be at the risk of the Purchaser, unless such loss or damage results from negligence of the part of the Supplier.

2. Should dispatch or acceptance be delayed for reasons for which the Purchaser is responsible, the risk shall pass to the Purchaser on the day on which readiness for dispatch has been notified; however, the Supplier shall obtain requisite insurance cover at the request and cost of the Purchaser.
3. Partial deliveries shall be allowed where these are reasonable for the Purchaser.

VIII. DELIVERY PERIOD, DELIVERY DELAYS

1. The delivery period shall commence upon dispatch of the confirmation of order, but not prior to receipt of an agreed advance payment. Delivery periods can only be adhered to by the Supplier if all commercial and technical issues have been clarified by the contracting parties and the Purchaser has complied with all the obligations incumbent on the Purchaser, such as providing the requisite official certification or permits. Should this not be the case, the delivery period shall be extended for a reasonable period of time. This shall not apply in cases in which delay is the responsibility of the Supplier.
2. Compliance with the delivery period is subject to receipt by the Supplier of correct and timely supplies. Impending delays shall be notified by the Supplier as soon as possible.
3. The delivery date shall be deemed to be kept if the delivery item has left the Supplier's works or been reported as ready for dispatch by this date.
4. The Supplier shall be entitled to an extension of the delivery period if delay occurs:
 - a) owing to any of the circumstances referred to in Clause XVI.1, or
 - b) owing to variation work under Clause V.2, or
 - c) as a result of variations under Clauses VI.1-5, or
 - d) as a result of suspension under Clauses IV.2, XII.5, XVI.3 or
 - e) an act or omission on the part of the Purchaser.

The extension shall be reasonable having regard to all the circumstances. This shall also apply should such circumstances affect subcontractors.

The circumstances referred to above shall not be deemed to be the responsibility of the Supplier should they occur during an existing delay. In important cases the Supplier shall notify the Purchaser of the onset and termination of such hindrances as soon as possible.

5. In the event that dispatch is delayed at the request of the Purchaser, the Purchaser shall be charged the costs of storage, or should storage be made at the Supplier's works a minimum of 0.5% of the invoice amount, for every month commencing one month subsequent to the date on which notification of readiness for dispatch has been notified.

The Supplier shall however be entitled, after stipulation and the abortive expiry of a reasonable period, to dispose otherwise of the delivery item and to make delivery to the Purchaser within a reasonably prolonged period of time provided that the Supplier has drawn the attention of the Purchaser to such consequences at the time said period was stipulated.
6. The Purchaser shall be entitled to terminate the contract without notice should performance become irreversibly impeded and impossible in its entirety for the Supplier prior to the transfer of risk. The Purchaser shall also be entitled to terminate the contract should delivery of part of an order become impossible and should the Purchaser have a legitimate interest in refusing partial delivery. Should this not be the case, the Purchaser shall pay the contract price applicable to such partial delivery. The same shall apply in the event of inability to perform on the part of the Supplier. Clauses XI.3, 4 and 5 apply accordingly in all other respects.

Should such impossibility or inability to perform occur during an instance of default on acceptance or should the Purchaser bear sole or main responsibility for the same, the Purchaser shall be bound to provide consideration.
7. Compliance with the delivery period shall be contingent on fulfilment of the Purchaser's contractual obligations.

IX. ACCEPTANCE TESTS

1. Unless otherwise agreed, acceptance tests shall be performed upon completion of the installation work to determine whether the works comply with the contractual terms for acceptance.

The Supplier shall notify the Purchaser in writing that the works are ready for acceptance. Said notice shall specify a date for acceptance tests which provides the Purchaser with sufficient time to prepare for and be represented at the same.

The Purchaser shall bear all costs of acceptance tests. The Supplier shall, however, bear all costs relating to its personnel and other representatives.

2. The Purchaser shall provide free of charge any power, lubricants, water, fuel, raw materials and other materials required for the acceptance tests and for final adjustments in preparing for these tests. The Purchaser shall also install free of charge any equipment and provide any labour or other assistance necessary for the performance of acceptance tests.
3. Should the Purchaser fail to fulfil its obligations under Clause IX.2 after having been notified in accordance with Clause IX.1 or should the Purchaser otherwise prevent the acceptance tests from being performed, the tests shall be regarded as having been satisfactorily completed on the date for acceptance tests stated in the Supplier's notice.
4. Acceptance tests shall be carried out during normal working hours. Unless the contract explicitly stipulates the technical requirements, the tests shall be carried out in accordance with general practice in the appropriate branch of industry concerned in the Purchaser's country.
5. The Supplier shall prepare a test report of the acceptance tests which shall be sent to the Purchaser. Should the Purchaser not be represented at the acceptance tests after having been notified in accordance with Clause IX.1, the test report shall be accepted as accurate.
6. Should the acceptance tests show that the works do not comply with the contract, the Supplier shall remedy the defects forthwith. New tests shall be carried out in accordance with Clauses IX.1-5 should this be requested in writing without undue delay by the Purchaser. This shall not apply in the case of immaterial defects.

X. ACCEPTANCE

1. The works shall be deemed to be accepted
 - a) if the acceptance tests have been completed successfully or are deemed to have been successful pursuant to Clause IX.3; or
 - b) if the Purchaser has been notified in writing by the Supplier that the works have been completed, provided that the works comply with contractual acceptance conditions and only in those cases in which the parties have agreed not to perform acceptance tests.

Acceptance shall not be prevented by minor defects which do not affect the efficiency of the works.

2. The Purchaser shall not be entitled to use the works or any part thereof prior to acceptance. Should the Purchaser do so without the Supplier's consent in writing, the Purchaser shall be deemed to have accepted the works. In such cases the Supplier shall be relieved of its duty to perform acceptance tests.
3. The period referred to in Clause XVII shall start to run as soon as the works have been accepted pursuant to Clauses X.1 or 2. Upon a request made by the Supplier in writing, the Purchaser shall issue a certificate stipulating the point in time at which the works have been accepted. Should the Purchaser nonetheless fail to issue such a certificate, this shall not affect acceptance pursuant to Clauses X.1 and 2.

XI. COMPLETION, SUPPLIER'S DELAY

1. The works shall be regarded as completed upon their acceptance pursuant to Clause X.1 or 2.
2. Clause VIII. 4 shall apply to extensions of the time for completion accordingly. The time for completion shall also be extended accordingly should delivery be delayed pursuant to Clauses VIII. 1, 2, 4, 7.
3. The Supplier shall be deemed to be in delay should the works not be completed pursuant to Clause XI.1 on the completion date stipulated by contract or according to Clause X.1.2. Delay on the part of the Supplier shall entitle the Purchaser to liquidated damages from the date on which the works should have been completed.

The liquidated damages shall be payable at a rate of 0.5 per cent of the contract price for each completed week of delay. The liquidated damages shall not exceed 5 per cent of the contract price.

Should only part of the works be delayed, the liquidated damages shall be calculated on that part of the contract price which is attributable to such part of the works as cannot in consequence of the delay be used as intended by the parties.

The liquidated damages become due upon request made by the Purchaser in writing, not however prior to completion of acceptance or termination of the contract pursuant to Clause XI.4.

4. Should the Supplier's delay be so lengthy that the Purchaser is entitled to the maximum liquidated damages under Clause XI.3 and should the works still not be completed, the Purchaser shall be entitled to make a demand in writing for completion within a final reasonable period which shall not be less than four weeks.

Should the Supplier not complete the works within such final period and should this not be due to circumstances for which the Purchaser is responsible, the Purchaser shall be entitled to serve notice in writing to the Supplier to terminate the contract in respect of such part of the works which, due to the Supplier's delay, cannot be used as intended by the parties.

Should the Purchaser terminate the contract, the Purchaser shall be entitled to compensation for losses suffered as a result of the Supplier's delay. Total compensation, including liquidated damages as payable under Clause XI.3, shall not exceed 10 per cent of that part of the contract price which is attributable to the part of the works in respect of which the contract is terminated.

5. The remedies available to the Purchaser in the event of delay on the part of the Supplier shall be limited to liquidated damages under Clause XI.3 and termination of the contract with limited compensation under Clause XI.4. All other claims against the Supplier based on such delay shall be excluded, except where the Supplier has been guilty of gross negligence, wilful intent or culpable breach of contract.

XII. PRICE AND PAYMENT

1. Unless agreed otherwise, prices shall be ex works, including loading and packaging in the works, but excluding unloading. Value-added tax at the applicable statutory rate shall be added to the prices.
2. Unless otherwise agreed, payment shall be made to the account of the Supplier - 30 per cent as advance payment following receipt of the confirmation of order, 30 per cent as soon as the notification is provided to the Purchaser that the main parts are ready for dispatch, 30 per cent upon delivery of the delivery item or the major part of the delivery item to the site and the remaining part of the contract price upon acceptance.
3. The Purchaser shall only be entitled to retain payments or to offset payments with counterclaims to the extent that such counterclaims are undisputed or have been legally determined.
4. Should baselines dates for payments be culpably exceeded, the Supplier shall be entitled to charge interest on arrears without first issuing a reminder; more extensive damages for delay may also be claimed.
5. In the event of late payment the Supplier shall be entitled - after notifying the Purchaser in writing - to suspend performance of the contract pending receipt of payment.

XIII. RETENTION OF TITLE

1. Title to all delivered goods shall only pass to the Purchaser following settlement of all claims by the Purchaser - including future claims - arising from the business relationship.
2. The Supplier shall be entitled to insure the delivery item, at the cost of the Purchaser, against theft, breakage, fire, water damage and other damages unless the Purchaser has demonstrably taken out insurance cover itself and has assigned its claims arising from said insurance cover to the Supplier in advance.
3. The Purchaser may not pledge the delivery item or assign same by way of security. The Purchaser shall notify the Supplier forthwith in the event of attachments and seizure or other third-party dispositions. Unless given the explicit consent of the Supplier, the Purchaser shall not - prior to receipt of all payments pursuant to Clause XIII.1 - impair the Supplier's retention of title in any way and shall not, in particular, resell, process, mix or join in any other way the delivery item with other objects.

Should the delivery item nonetheless be treated or processed by the Purchaser, the provisions regarding the retained goods shall likewise apply to the new object resulting from such treatment or processing. Should the goods be processed, blended or joined with other objects, the Supplier shall acquire co-retained title to the new object created as a result in the ratio of the value of the delivery item to the other processed or joined items at the time of such processing or joining. In undertaking any processing work the Purchaser shall be active on behalf of the Supplier without acquiring any claims against the Supplier as a result of such processing.

4. Should the Purchaser act in breach of contract, particularly in the event of default in payment, the Supplier shall be entitled to retake possession after issuing a warning and the Purchaser shall be obliged to surrender.

The assertion of the retention to title and the attachment of the delivery item by the Supplier shall not constitute withdrawal from the contract.

5. The institution of insolvency proceedings shall entitle the Supplier to terminate the contract and to demand immediate surrender of the delivery item.

XIV. WARRANTY CLAIMS

The Supplier provides the following warrants for material defects and defects in title, excluding further claims - subject to Section XV. - as follows.

Material defects

1. Claims for defects of the Purchaser shall exist only if the Purchaser has complied with its inspection and notification duties pursuant to Sec. 377 of the German Commercial Code (Handelsgesetzbuch -HGB) in due time. Non-recognisable defects shall be notified within 1 week of their discovery, but at the latest within 3 months of delivery or termination of any other services. The Purchaser shall perform a functional test within this period. Defects which should have been detected during an acceptance inspection shall not be notified subsequent to agreed acceptance.

2. All such parts are to be replaced or repaired free of charge at the discretion of the Supplier that are shown to have been defective prior to the transfer of risk. The discovery of such defects shall be notified to the Supplier in writing forthwith. Replaced parts shall become the property of the Supplier. Such parts shall be transferred to the Supplier on request forthwith.
3. Should the Supplier have requested that the defective part or the delivery item be returned to it, and should the Purchaser fail to comply with this duty, the defect shall be deemed as unproven. In such cases the Purchaser shall reimburse all the costs incurred by the contractor relating to the exchange of the part notified as defective (e.g. costs of spare parts and delivery costs).
4. Following agreement with the Supplier, the Purchaser shall make the necessary time and opportunity for carrying out all the reworking and replacement deliveries deemed necessary by the Supplier; should the Purchaser fail to provide such time and opportunity, the Supplier shall be released from liability for the consequences of the same. Only in urgent cases, and following immediate notification of the Supplier, in which operational safety may be jeopardized or in order to ward off disproportionately greater damages shall the Purchaser be entitled to rectify the defect itself or to arrange for such defects to be rectified by third parties and to demand reimbursement of the necessary expenditure from the Supplier.

5. Should the complaint prove to be legitimate, the Supplier shall bear those of the direct costs arising from reworking or replacement deliveries incurred for the replacement item including dispatch of the same. The Supplier shall also bear the dismantling and re-assembly costs as well as the costs for the provision of any fitters and auxiliary personnel who may be required, including travel expenses provided that this does not entail imposing an unreasonable burden on the Supplier.

Should the works not be at the site, the Purchaser shall bear any resulting additional costs incurred by the contractor when remedying defects.

6. In the framework of statutory provisions, the Purchaser shall be entitled to terminate the contract should the Supplier - taking account of statutory exemptions - allow a reasonable period of grace for reworking or replacement delivery on account of material defects to expire abortively. In the case of insubstantial defects the Purchaser's right shall be limited to the right to demand a reduction in the contract price. The right to demand a reduction in the contract price is excluded in all other cases.

Further claims are governed by Clause XV.2 of these General Conditions.

7. No warranty shall be assumed in the following cases in particular:
 Unsuitable or improper use, faulty installation or commissioning by the Purchaser or third parties, natural wear and tear, faulty or negligent treatment, improper maintenance, unsuitable operating equipment, faulty construction work, unsuitable foundations, chemical, electrochemical or electrical influences - except where these are the responsibility of the Supplier.
8. Should the Purchaser or a third party perform improper reworking, the Supplier shall accept no liability for the consequences of the same. The same shall apply should alterations be made to the delivery item without the prior approval of the Supplier.

Defects in title

9. Should use of the delivery item result in the infringement of domestic intellectual property rights or copyrights, the Supplier shall - as a matter of principle and at its own cost - procure the right of the Purchaser to make further use of the delivery item or shall modify the delivery item in a manner acceptable to the Purchaser such that it no longer infringes the intellectual property rights.

Should this not be possible on reasonable business terms or within a reasonable period, the Purchaser shall be entitled to terminate the contract. Subject to the specified preconditions the Supplier shall also be entitled to terminate the contract.

The Supplier shall also hold the Purchaser harmless against undisputed or legally effective claims asserted by the owners of the relevant intellectual property rights.

10. Subject to Section XV.2, the duties of the Supplier referred to in Clause XIV.8 shall be exhaustive with regard to the infringement of intellectual property rights or copyrights.

These shall only exist if

- the Purchaser notifies the Supplier forthwith of any claims regarding infringements of intellectual property rights or copyrights,
- the Purchaser provides the Supplier with appropriate support warding off such claims or enables the Supplier to perform the modification measures referred to in Clause XIV.8,
- all measures to ward off such claims, including out-of-court settlements, remain the preserve of the Supplier,
- the legal defect is not the result of instructions issued by the Purchaser, and
- the infringement has not been caused by the fact that the Purchaser has modified the delivery item independently or in a manner which does not comply with contractual provisions.

XV. LIABILITY

1. Should it not be possible for the Purchaser to use the delivery item as foreseen by contract through the fault of the Supplier as a result of omitted or faulty implementation of suggestions and consultations made before or after conclusion of the contract or as a result of the infringement of other subsidiary contractual duties, in particular instructions regarding the operation and maintenance of the delivery item, the provisions of Clauses XIV. and XV.2 shall apply accordingly, ruling out further claims by the Purchaser.

2. The Supplier shall only be liable for damages not incurred on the delivery item itself – regardless of the legal standing of the same – in the event of:

- wilful intent
- gross negligence of the proprietor / corporate bodies or executive employee,
- non-accidental injury to life, limb or health,
- in the event of the fraudulent concealment of defects or where the absence of such defects has been warranted,
- in the event of defects in the delivery item where liability is borne under the German Product Liability Act (Produkthaftungsgesetz) for personal injury and damage to privately used property,

In the event of a culpable breach of contract, the Supplier shall also be liable for gross negligence on the part of non-executive employees and for slight negligence – in the latter case limited to reasonably foreseeable damages which are intrinsic to the contract.

Further claims are excluded.

XVI. FORCE MAJEURE

1. Either party shall be entitled to suspend performance of its obligations under the contract to the extent that such performance is impeded or made unreasonably onerous by any of the following circumstances: industrial disputes and any other circumstance beyond the control of the parties such as fire, war, extensive military mobilization, insurrection, requisition, seizure, embargo, restrictions in the use of power and defects or delays in deliveries by subcontractors caused by any such circumstance as referred to in this Clause.

Should any of the circumstances referred to in this Clause occur prior or subsequent to formation of the contract, such circumstances shall only entitle the parties to suspend performance if the effect of such circumstances on performance of the contract could not be foreseen at the time of the formation of the contract.

2. The party claiming to be affected by Force Majeure shall notify the other party in writing without delay on the intervention and on the cessation of such circumstance.

Should Force Majeure prevent the Purchaser from fulfilling its obligations, the Purchaser shall compensate the Supplier for expenses incurred in securing and protecting the works.

3. Regardless of anything which may otherwise follow from these General Conditions, either party shall be entitled to terminate the contract by notice in writing to the other party if performance of the contract is suspended under Clause XVI.1 for longer than six months.

XVII. LIMITATION PERIOD

All claims of the Purchaser – regardless of their legal standing – are subject to a limitation period of 12 months. Compensation claims under Clause XV.2 shall be subject to the statutory periods.

XVIII. APPLICABLE LAW, LEGAL VENUE

1. All legal relations between the Supplier and the Purchaser shall be subject to the law of the Federal Republic of Germany to the exclusion of the United Nations Convention on Contracts for the International Sales of Goods (CISG).

2. The exclusive legal venue shall be the court with jurisdiction for the head office of the Supplier. The Supplier shall, however, be entitled to bring an action at the Purchaser's head office.